

Die Natur weist den Weg zu vertretbarem Wirtschaften

Wohlstand schaffen ohne Wachstum

Wirtschaftswachstum gehört zu den zentralen Glaubenssätzen moderner Marktwirtschaften. Doch als Oberziel der Wirtschaftspolitik greift der Begriff viel zu kurz. Hier müssen endlich Prinzipien der Natur und ökologisch-soziale Standards berücksichtigt werden.

Wirtschaftswachstum wird von fast allen Politikern als Schlüssel zu weiterem Fortschritt und zur Lösung dringender Probleme, allen voran der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut, gepriesen. Allerdings wird Wirtschaftswachstum spätestens seit der Diskussion des Club of Rome in den 70er Jahren um die »Grenzen des Wachstums« (siehe Kasten und S. 16) immer mehr als Ursache gravierender Umwelt- und Gerechtigkeitsprobleme erkannt. Wenn gemeinhin von Wirtschaftswachstum gesprochen wird, ist damit der jährliche Anstieg des realen, das heißt inflationsbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Prozentpunkten gemeint. Konstante prozentuale Wachstumsraten, beispielsweise ein zweiprozentiger Anstieg des BIP pro Kopf und Jahr, bedeuten, dass der Anstieg in absoluten Zahlen immer größer wird. Bei zweiprozentiger Wachstumsrate würde sich das Volumen der Wirtschaft in 35 Jahren verdoppeln. Auch wenn das BIP pro Kopf als Durchschnittsgröße noch nichts über die Verteilung des in Geldeinheiten gemessenen Wohlstandes aussagt, so ist es weithin als Näherungswert für den Wohlstand einer Gesellschaft anerkannt. Gedacht wird in der Formel: individueller materieller Konsum = individuelles Glück. Die moderne Glücksforschung belegt jedoch, dass materieller Wohlstand als Maß dafür, wie zufrieden ein Mensch ist, viel zu kurz greift, wenn ein gewisses Existenzminimum gesichert ist. Wohlstandssteigerung für alle, nicht Wachstum, sollte das Oberziel einer ethisch vertretbaren Politik sein. Neben materieller Wohlfahrt sind gerade auch immaterielle Werte wie zum Beispiel die Schönheit einer Landschaft, das Baden in sauberen Flüssen und Bächen oder ein Zur-Ruhe-Kommen in unberührter Natur nicht in Euro aufzuwiegen.

Von der Natur lernen

Das Festhalten am Ziel des Wirtschaftswachstums hat fast vollständig vergessen lassen, dass Wachstum per se kein Selbstzweck ist, dass gut leben mehr ist als viel haben. Es gilt daher, hierüber eine Debatte zu führen und zu verdeutlichen, dass Umwelt, Ökologie und Soziales kein Luxus sondern Überlebensnotwendigkeit sind, dass wir endlich Maß nehmen müssen in unserem Wirtschaften, uns am Vorbild des Wirtschaftens der Natur orientieren müssen. Was können wir von ökologischen Systemen lernen, wo müssen wir umdenken?

- **Von der Sonne leben:** Wirtschaften in der Natur heißt Sonnenenergienutzung über grüne Pflanzen als »Produzenten« und Weiternutzung über die »Konsumenten«. Alles was stirbt wird genutzt, es wird zersetzt über die »Destruenten« und steht dem Kreislauf wieder zu Verfügung. Die derzeitige Nutzung fossiler Ressourcen wie Kohle, Öl und Gas, aber auch die Atomenergie sind durch eine solare Kreislaufwirtschaft zu ersetzen.
- **In Lebenszyklen denken:** Bereits bei Produktionsbeginn muss an die Wiedernutzung eines Produktes gedacht werden. Die Reparatur kostet heute im Regelfall mehr als die Neubeschaffung. Die Wegwerfgesellschaft ist wegen ihrer Ressourcenvernichtung und Energieverschwendung nicht zukunftsfähig.
- **Das Prinzip Vielfalt beachten:** Die Natur kennt nur auf wenigen Sonderstandorten Monokulturen, ansonsten herrscht das Prinzip der Vielfalt. Viele Unternehmungen sind die Garanten eines sicheren Systems, nicht einige wenige monopolistisch organisierte Großstrukturen.

- **Auf Kooperation setzen:** Ein Prinzip der Natur heißt zwar auch Konkurrenz. Aber dieses Prinzip ist gekoppelt mit dem Prinzip der Kooperation. Wir sind deshalb gut beraten, das Prinzip der Konkurrenz nicht zum allein selig machenden Prinzip zu erklären. Weil es dann nämlich ein zerstörerisches Prinzip ist. Denn gerade hochkomplexe symbiotische kooperative Systeme der Natur sind am stabilsten.

Was heißt das für uns ganz konkret? Es bedeutet, dass wir in einer Zeit von über vier Millionen Arbeitslosen gefordert sind, endlich Systeme zu entwickeln, durch welche die Umwelt entlastet wird und gleichzeitig Arbeitsplätze geschaffen werden. Als hoch entwickeltes Land haben wir dabei größte Potenziale, Stichwort Energiepolitik. Wenn die politischen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass sich Energieverschwendung nicht mehr rentiert, werden zahlreiche dezentrale, das heißt häufig auch handwerklich organisierte Sektoren der Wirtschaft wachsen, wenige zentrale Sektoren mit erheblich weniger Arbeitsplätzen dagegen empfindliche Einbußen hinnehmen müssen.

Große Potenziale

Allein durch den Einsatz von Effizienz-Techniken können wir zum Beispiel ohne Verzicht auf Komfort bei gleichem Wohlstand und bei wesentlich mehr Arbeitsplätzen den Energieverbrauch um die Hälfte reduzieren. Wir können sehr wohl die Schaffung von Arbeitsplätzen mit einer Umweltentlastung verknüpfen. Dies wäre echter Fortschritt, wenn wir nur endlich die entsprechenden Rahmenbedingungen richtig setzen. Dies heißt, dass sich die Umweltverbände auf deutscher, auf europäischer und auf globaler Ebene für das Prinzip der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft einsetzen müssen. Eine der wichtigsten Initiativen zum Thema ökologisch- soziale Marktwirtschaft haben der frühere österreichische Vizepräsident Franz Riegler und der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler gemeinsam mit dem deutschen Wirtschaftswissenschaftler Franz Josef Radermacher ergriffen, nämlich die »Global Marshall Plan Initiative«. Deren Ziel ist es letztendlich, durch Umschichtung entsprechender Fördergelder den Ärmsten der Welt zu helfen und gleichzeitig weltweite Rahmensetzungen für ein gerechteres Wirtschaften durchzusetzen (siehe »Literatur«, Seite 22, Infos im Web unter www.globalmarshallplan.org).

Öko-soziale Schlüsselprojekte

Die Globalisierung der Märkte und die daraus resultierende Zunahme der Umweltzerstörung erfordert eine europäische und weltweite Durchsetzung sozialer und ökologischer Mindeststandards. Das WTO-Handelsabkommen muss dringend um entsprechende Kriterien erweitert werden. Als Antwort auf die zunehmende Globalisierung und die damit einhergehende weltweite Kapitalverflechtung und Aushebelung nationaler Entscheidungskompetenzen ist die Idee des Regionalismus fortzuentwickeln. Dieser sichert überschaubare Strukturen, erhält regionale Wertschöpfung und sichert damit Arbeitsplätze gerade auch in ländlichen Regionen. Schlüsselprojekte zur Erreichung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft sind damit unter anderem: _ der Abbau offener und verdeckter Subventionen _ die Fortführung einer ökologischen Steuerreform _ die Etablierung von strengeren Haftungsregelungen _ die Umorientierung der Wettbewerbspolitik auf Ziele der Ökologie und der Ressourceneffizienz Der Bund Naturschutz Landesvorstand will mit diesem Schwerpunktthema der Natur+Umwelt eine Grundsatzdiskussion über Grenzen des Wachstums im Ressourcen- und Energieverbrauch, beim Flächenverbrauch wie bei der Weltbevölkerung anstoßen. Wir freuen uns auf Leserbeiträge, die konkrete Wege aus der Wachstumsfalle aufzeigen.

Der Autor: Prof.Dr.Hubert Weiger, 60, ist Landesvorsitzender des Bundes Naturschutz.

Aus: Natur+Umwelt 3-2007